

**Panorama v. 13.04.2023**

**Deutschland und Israel: Solidarität mit Rechtsradikalen?**

Anmoderation

Anja Reschke:

„Es gibt kaum ein schwierigeres Thema für deutsche Politiker als Israel. Denn Israel hängt für Deutschland immer mit unserer Geschichte zusammen. Aus absoluter Schuld ist absolute Verantwortung geworden. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, eine Verantwortung für den Staat Israel. Gemeint ist damit immer auch ein: Nie wieder! Aber was, wenn dieser Anspruch mit der Wirklichkeit kollidiert? Wenn in Israel Rechtsradikale in der Regierung sind? So wie jetzt? Was heißt DAS für unsere Verantwortung? Was ist dann verantwortungsvoller Umgang deutscher Politiker? Stefan Buchen.“

Mitten in Berlin. Wütende Israelis warnen vor dem Abdriften ihres Landes in die Willkürherrschaft. Ja zur Demokratie, nein zur Diktatur., rufen sie. Ein paar hundert Meter weiter, vor dem Kanzleramt. Empfang für den Mann, der weltweit in der Kritik steht. Im Weißen Haus etwa ist Israels Premier Netanyahu derzeit nicht willkommen, Bundeskanzler Scholz gibt ihm die Ehre. Immerhin nutzt Olaf Scholz zunächst die Gelegenheit zur Kritik.

O-Ton

Olaf Scholz, SPD

Bundeskanzler:

„Als demokratische Wertepartner und enge Freunde Israels verfolgen wir diese Debatte sehr aufmerksam und, das will ich nicht verhehlen, mit großer Sorge.“

Sanfte Kritik – wird das der Lage gerecht? Vor wenigen Monaten stellte Benjamin Netanyahu seine neue Regierung vor. Mit dabei: Rechtsradikale, Ultranationalisten. Etwa Polizeiminister Itamar Ben Gvir. Er hetzt gegen Araber, befürwortet Gewalt, ist vorbestraft. Nun fordert er die Einführung der Todesstrafe. Oder Bezalel Smotrich. Superminister, für Finanzen und die Verwaltung des besetzten Westjordanlandes. Er forderte etwa die Ausradierung eines palästinensischen Dorfes.

O-Ton

Prof. Moshe Zimmermann

Hebräische Universität Jerusalem:

„Eine Regierung in Israel, in der der Polizeiminister eigentlich ein Rowdy ist, wo ein anderer Minister eigentlich den Plan schon vorgestellt hat, Palästinenser zu vertreiben, wenn sie nicht selbständig sich für die Auswanderung entscheiden. Das ist eine Regierung, mit der man nicht kooperieren kann.“

Klare Worte vom Geschichtsprofessor aus Israel. Von Kanzler Scholz kein Wort zu den rechtsradikalen Tendenzen der Netanyahu-Regierung. Immerhin, der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion stellt sich unseren Fragen.

O-Töne

Panorama: „Mir ist aufgefallen, dass Herr Scholz bei dieser Pressekonferenz keinerlei Bezug genommen hat auf den extremistischen Charakter doch vieler Minister in dieser neuen israelischen Regierung. Wie beurteilen Sie, dieses Schweigen? Mir kommt das wie ein Fehler vor.“

Nils Schmid, Außenpolitischer Sprecher SPD-Bundestagsfraktion: „Es ist richtig, dass von einzelnen Mitgliedern der Regierung Israels bedenkliche Töne angeschlagen werden gegen die Palästinenser, vor allem auch die Wiedereinführung der Todesstrafe wäre ein schwerer Rückschlag und mit unseren Überzeugungen nicht vereinbar. Scholz hat als Ansprechpartner den Premierminister Netanyahu. Und Netanyahu ist in der Pflicht, den demokratischen Charakter des Staates Israel zu bewahren. Daran werden wir ihn messen.“

Das Schicksal der israelischen Demokratie entscheidet sich hier, im besetzten Westjordanland. Dieses, überwiegend von Palästinensern bewohnte Gebiet, will sich die neue israelische Regierung nun ganz einverleiben.

O-Ton

Prof. Moshe Zimmermann

Hebräische Universität Jerusalem:

„Die meisten in dieser Regierung gehen davon aus, dass der Staat Israel sich ausdehnen muss bis zur Jordangrenze, dass die Palästinenser, die dort leben, sich untertänig verhalten. D.h. die sollen keine Rechte als Staatsbürger erhalten. Und falls sie dagegen meutern oder damit nicht einverstanden sind, dann ist die Aufforderung, das Land zu verlassen. Und wenn man das nicht freiwillig tut, ist das ein Kriegszustand, und die Extremere unter den Politikern der Koalition meinen: à la guerre comme à la guerre. Dann dürfen wir die sogar mit Gewalt vertreiben.“

O-Ton

Nils Schmid

Außenpolitischer Sprecher SPD-Bundestagsfraktion:

„Es gibt diese traurige Realität, dass im israelischen politischen Lager es Kräfte gibt, die auf eine Vertreibung, auf eine vollständige Annexion der besetzten Gebiete hinwirken. Das würde aber nicht nur viel Gewalt auslösen, das würde auch die gewalttätigen Auseinandersetzungen auf palästinensischer Seite wieder antreiben. Das kann nicht im Interesse der Sicherheit des Staates Israel sein.“

Während der SPD-Abgeordnete das Dilemma einräumt, tritt Olaf Scholz die Flucht ins Allgemeine an.

O-Ton

Olaf Scholz, SPD

Bundeskanzler:

„In großer Sorge sind wir auch über den Nahostkonflikt und die jüngste Eskalation von Gewalt, die dort zu beobachten ist. Wir sind bestürzt über diese blinde Gewalt.“

Die deutsche Nahostpolitik: zusammengeschnürt auf eine Floskelsammlung. Er war jahrzehntelang im außenpolitischen Maschinenraum der Bundesregierung. Aref Hajjaj war Dolmetscher für Arabisch und beriet sie alle in Nahostfragen: von Helmut Schmidt, über Hans-Dietrich Genscher bis Helmut Kohl. Der gebürtige Palästinenser beobachtet einen klaren Wandel in der Haltung der Bundesregierung von damals zu heute.

O-Ton

Aref Hajjaj

Auswärtiges Amt 1972 – 2003:

„Es war für mich sozusagen eine Selbstverständlichkeit geworden, nämlich zu hören, dass zu den Grundpfeilern der deutschen Außenpolitik beide Faktoren berücksichtigt werden müssen: Die waren ganz einfach erstens: die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Zweitens, die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung. Das war Usus zu sagen, auch die Palästinenser haben Rechte, und Genscher nota bene forderte in aller Klarheit nicht nur den Siedlungsstopp in den besetzten Gebieten, sondern die Räumung der Siedlung. Heute würde kein einziger deutscher Politiker so etwas sagen.“

Die Selbstbestimmung der Palästinenser müsste sich vor allem im Westjordanland realisieren. Die israelische Besatzung müsste nach Völkerrecht eigentlich beendet werden. Aber tatsächlich passiert das Gegenteil. Israel baut die Siedlungen aus, da, wo nach offizieller Meinung der Bundesregierung, ein neuer Staat entstehen soll: Palästina. Diese offizielle Meinung kleidet Kanzler Scholz in das Lieblingswort der jetzigen deutschen Nahostpolitik: Die Zweistaatenlösung.

O-Ton

Olaf Scholz, SPD  
Bundeskanzler:

„Sie kennen unsere grundsätzliche Haltung. Eine nachhaltige Lösung, die Israelis und Palästinensern ein Leben in Frieden und Sicherheit ermöglicht, kann nur in einer Zweistaatenlösung liegen. Beide Seiten müssen sie miteinander aushandeln. Deutschland ruft alle Seiten auf, von einseitigen Maßnahmen Abstand zu nehmen, die diesem Ziel zuwiderlaufen, dazu gehört auch der Bau weiterer Siedlungen.“

O-Ton

Aref Hajjaj  
Auswärtiges Amt 1972-2003:

„Dieses Gerede bereitet mir manchmal Kopfschütteln, aber auch Bauchschmerzen. Denn wissen Sie, man muss ja die Dinge sehen, wie sie sind. Und nicht, wie sie hätten sein sollen. Angesichts der Tatsache, dass es so viele Siedlungen in der Westbank gebaut worden sind, und zwar verstreut auf dem gesamten Gebiet, da muss ich mich fragen, als ein bisschen moderat, logisch, jemand mit gesundem Menschenverstand: wie soll denn da überhaupt ein Staat entstehen oder existieren. Das geht einfach gar nicht.“

O-Ton

Nils Schmid  
Außenpolitischer Sprecher SPD-Bundestagsfraktion:

„Es ist unsere feste Überzeugung, dass es keinen besseren Weg zu einer Verständigung gibt, als die Umsetzung der Zweistaatenlösung. Deshalb setzen wir darauf, dass die Einsicht auch der israelischen Politik stärker wird, dass die Zweistaatenlösung langfristig gesehen, die beste Lösung ist.“

O-Ton

Prof. Moshe Zimmermann  
Historiker:

„Die Zweistaatenlösung ist schon praktisch tot. Die Zweistaatenlösung als Slogan ist eben ein Alibi der deutschen Politik, auch der europäischen Politik schon seit langem. D.h. wir wissen Bescheid. Wir müssen diesen Satz irgendwie aussprechen. Aber wir wissen auch im selben Atemzug, dass die Israelis darauf nicht hören, dass die Israelis ihre Siedlungspolitik weiter betreiben.“

Ganz offen bekennt sich Netanyahus Außenminister zur Fortsetzung des Siedlungsbaus im besetzten Gebiet. Auch, als er Ende Februar zu Gast im Auswärtigen Amt ist. Zwar verweist Annalena Baerbock zunächst erneut auf die Zweistaatenlösung und äußert Kritik am Siedlungsbau. Aber, was kümmert´s den Gast?

O-Ton

Eli Cohen,

Außenminister Israel:

„Die israelische Regierung hat immer im Westjordanland gebaut. Wir werden den Siedlungsbau dort fortsetzen.“

Ein offener Widerspruch zu Baerbock. Aber die Außenministerin geht darauf nicht ein, redet über etwas anderes.

O-Ton

Aref Hajjaj

Auswärtiges Amt 1972 – 2003:

„Also die Israelis würden das so interpretieren: Wir dürfen alles machen, was wir wollen. Weil wir nicht befürchten müssen, dass von Seiten des mächtigsten europäischen Staates, nämlich Deutschland, irgendwelche konkreten Maßnahmen gegen uns ergriffen oder verhängt werden.“

Deutschland hält sich seit Jahren zurück mit Kritik an der israelischen Politik. Besonders deutlich wurde das beim Staatsbesuch von Angela Merkel 2008. Die Bundesrepublik steht hinter Israel. Dieser Konsens der deutschen Politik ergibt sich aus der Geschichte, dem deutschen Massenmord an den Juden. Aber Angela Merkel hat die deutsche Unterstützung für Israel auf eine neue Stufe gehoben und eine bedingungslose Sicherheitsgarantie versprochen.

O-Ton

Angela Merkel, CDU, 18.03.2008

Bundeskanzlerin 2005-2021:

„Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. D.h. die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“

Diese Aussage hat den Handlungsspielraum der Bundesregierung verengt. Sie wird seitdem gern wiederholt.

O-Ton

Olaf Scholz, SPD

Bundeskanzler:

„Die Sicherheit Israels ist für uns Staatsräson. Dafür steht diese Bundesregierung. Darauf kann Israel sich verlassen.“

O-Ton

Prof. Moshe Zimmermann

Hebräisches Institut Jerusalem:

„Die Israelis, die gehen eigentlich davon aus, dass damit die Bundeskanzlerin eigentlich eine carte blanche gegeben hat. Israel kann alles tun, was es will. Weil eben Deutschland bedingungslos hinter Israel stehen wird.“

Moshe Zimmermann wurde 1943 in Jerusalem geboren. Seine Eltern stammen aus Hamburg, gingen hier in die jüdische Schule. Sie flohen rechtzeitig nach Eretz Israel, entgingen so, anders als Millionen andere, der Ermordung.

O-Ton

Prof. Moshe Zimmermann

Historiker:

„Die Verpflichtung steht. Klar. Deutschland ist verpflichtet gegenüber dem Staat Israel. Aber eine Regierung, die rechtsextrem ist, kann nicht ein Partner sein für eine deutsche Regierung, die darauf

baut, dass sie aus der Geschichte gelernt hat. Wo man nicht mit Diktatoren, nicht mit Rassisten und nicht mit Rechtsradikalen zusammenarbeitet.“

O-Ton

Olaf Scholz, SPD

Bundeskanzler:

„Herr Premierminister, ich bedanke mich für Ihren Besuch in Deutschland und für die Gelegenheit, mit Ihnen so ausführlich sprechen zu können. Das war wichtig und wird die ohnehin guten Beziehungen zwischen unseren Ländern weiter verstärken.“

O-Ton

Benjamin Netanyahu

„Thank you.“

Bericht: Stefan Buchen

Kamera: Torsten Lapp

Schnitt: Sebastian Dierich, Andreas Wilken-Keeve